



Quelle: Parlamentsdienste 2003, Bern

**Sessionsvorschau
Frühling 2019**

Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



Präsident

Adrian Wüthrich
Tel. 031 370 21 17
Mobile 079 287 04 93
wuethrich@travailsuisse.ch



Sozialpolitik

Matthias Kuert Killer
Tel. 031 370 21 46
Mobile 079 777 24 69
kuert@travailsuisse.ch



Migrationspolitik und Rechtsfragen

Hélène Agbémégnah
Tel. 031 370 21 73
Mobile 078 760 93 73
agbemegnah@travailsuisse.ch



Umwelt-, Steuer- und Aussenpolitik

Denis Torche
Tel. 031 370 21 16
Mobile 079 846 35 19
torche@travailsuisse.ch



Gleichstellungspolitik

Valérie Borioli Sandoz
Tel. 031 370 21 47
Mobile 079 598 06 37
borioli@travailsuisse.ch



Bildungspolitik

Bruno Weber-Gobet
Tel. 031 370 21 01
Mobile 079 348 71 67
weber@travailsuisse.ch



Wirtschaftspolitik

Gabriel Fischer
Tel. 031 370 21 11
Mobile 076 412 30 53
fischer@travailsuisse.ch



Kommunikation

Linda Rosenkranz
Tel. 031 370 21 18
Mobile 079 743 50 47
rosenkranz@travailsuisse.ch

Nationalrat

Erste Woche

4.3.	Mo. Ständerat (Müller Damian). Umsetzung einer fairen Asylpolitik in Bezug auf Eritrea (18.3409)	→ Nein.....	4
4.3.	Mo. Ständerat (WBK). Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten (18.3707)	→ Ja	4
4.3. ¹	Pa.Iv. Comte. Für eine angemessene Vertretung der Geschlechter in den Bundesbehörden (17.484).....	→ Ja	4
4.3. ¹	Pa.Iv. Weibel. Flexible BVG-Renten ermöglichen (17.521)	→ Nein.....	4
5.3.	Grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Protokoll betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (18.073).....	→ Ja	4
5.3.	Mo. Nationalrat (Wobmann). Streichung der VOC-Abgabe (15.3733).....	→ Nein.....	5
5.3. ²	Mo. Feller. Für die Vertretung der Kundinnen und Kunden sowie der Konsumentinnen und Konsumenten im Verwaltungsrat der Post (17.3053)	→ Nein.....	5
5.3. ²	Po. Grossen Jürg. Mehrheitsfähige Lösung für die zweite Etappe der Energiestrategie 2050 (17.3072)	→ Ja	5
5.3. ²	Po. Reynard. Neue Quellen für die Klimafinanzierung schaffen (17.3080) und Po. Seiler Graf. Einführung einer Abgabe auf Flugtickets (17.3129)	→ Ja	5
5.3. ²	Mo. Leutenegger Oberholzer. Schliessungen von Poststellen. Moratorium (17.3167)	→ Ja	6
5.3. ²	Mo. Romano. Angestellte der Post mit abgeschlossener Fachausbildung in hochfrequentierten Postagenturen (17.3187)	→ Ja	6
5.3. ²	Mo. SP-Fraktion. Gattungsübergreifendes Mediengesetz (17.3393)	→ Ja	6
6.3.	ELG. Änderung (EL-Reform). Differenzbereinigung (16.065).....	→ siehe Details	6
6.3.	Mo. SGK-N. Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (18.3716)	→ Ja	7
6.3.	IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV) (17.022).....	→ siehe Details	7
7.3.	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019).....	→ siehe Details	8
7.3.	Mo. FK-NR Personalausgaben der Bundesverwaltung mittels Digitalisierung und Effizienzgewinnen im Griff behalten (18.4090)	→ Nein.....	8

¹ *Parlamentarische Initiativen. Weitere Termine: 6., 7., 12., 13., 14. und 20. März 2019.*

² *Parlamentarische Vorstösse des UVEK. Weiterer Termin: 11. März 2019.*

³ *Parlamentarische Vorstösse des EFD.*

⁴ *Parlamentarische Vorstösse des EDI. Weiterer Termin: 19. März 2019.*

⁵ *Parlamentarische Vorstösse des EJPD.*

⁶ *Parlamentarische Vorstösse des WBF.*

Zweite Woche

11.3.	Po. KVF-NR Nicht fossilen Verkehrsträgern im Strassen-öV zum Durchbruch verhelfen (19.3000).....	→ Ja	9
12.3.	Wasserrechtsgesetz. Änderung (18.056)	→ siehe Details	9
12.3.	Steuerliche Berücksichtigung von Kinderdrittbetreuungskosten (18.050).....	→ siehe Details	9
12.3.	Mo. Nationalrat (Bigler). Wissen in der Bundesverwaltung sichern (16.3399)	→ siehe Details	9
13.3.	Multilaterales Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung. Genehmigung (18.063)	→ Ja	10
13.3.	Mo. Ständerat (RK). Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (18.3383)	→ Nein.....	10
13.3.	Mo. Ständerat (Vonlanthen). Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz (18.3540).....	→ Ja	10
13.3. ³	Mo. Chiesa. Steuerliche Doppelbelastung. Möglichkeit zur Senkung der Vermögenssteuer (17.3714).....	→ Nein.....	10
14.3.	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Änderung (18.029).....	→ siehe Details	11
14.3. ⁴	Po. Reynard. Sexuelle Belästigung. Wir brauchen endlich verlässliche Zahlen über dieses Problem (18.4048).....	→ Ja	11
14.3. ⁴	Mo. Marchand-Balet. Mangel an Pflegepersonal. Konkrete Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (17.3237).....	→ Ja	11
14.3. ⁴	Mo. Fraktion BD. Offensive für eine menschenwürdige Pflege in der Schweiz (17.3297).....	→ Ja	11

Dritte Woche

18.3.	Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten (18.067)	→ Ja	12
18.3. ⁵	Mo. Quadranti. Berufliche Potenziale von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen möglichst rasch nutzen können (17.3189)	→ Ja	12
19.3.	Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung (18.091).....	→ siehe Details	12
20.3.	Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (18.049).....	→ Ja	12
21.3.	Mo. Müller. Griffige und wirksame Umsetzung der Stellenmeldepflicht (18.3407).....	→ Nein.....	13
21.3.	Mo. Abate. Optimierung der flankierenden Massnahmen. Änderung des Artikels 2 des Entsendegesetzes (18.3473).....	→ Ja	13
21.3. ⁶	Mo. Eymann. Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme (18.3834).....	→ Ja	13
21.3. ⁶	Po. Wasserfallen Christian. Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (18.3959)	→ Ja	13
21.3. ⁶	Mo. SP-Fraktion. Efta-Freihandelsabkommen mit konkreten Umsetzungsgarantien beim Arbeitsschutz, bei der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und bei den Menschenrechten (17.3119)	→ Ja	14
21.3. ⁶	Mo. Mazzone. Abschalten ausserhalb der Arbeitszeit. Den rechtlichen Rahmen für die technologischen Veränderungen am Arbeitsplatz festlegen (17.3201)	→ Ja	14
21.3. ⁶	Po. Gmür-Schönenberger. Stärkung des dualen Bildungssystems durch die Wiederherstellung der klaren Rollenabgrenzung zwischen universitären Hochschulen und Fachhochschulen gemäss HFKG (17.3234).....	→ Ja	14
21.3. ⁶	Po. Marchand-Balet. Jobsharing fördern (17.3307)	→ Ja	14
22.3.	Globale Umwelt 2019-2022. Rahmenkredit (18.074).....	→ Ja	15
22.3.	Pa.Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung (13.478)	→ siehe Details	15

Ständerat

Erste Woche

- 4.3. Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei sowie Landwirtschafts abkommen zwischen der Schweiz und der Türkei. Genehmigung (18.090) .. → siehe Details **16**
- 6.3. Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (16.076)..... → siehe Details **16**
- 6.3. Standesinitiative SG. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.311),
Standesinitiative VS. Aufstockung des Grenzwachtkorps (18.307),
Standesinitiative GR. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.318) → siehe Details **16**
- 7.3. Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Verknüpfung der
Emissionshandelssysteme. Genehmigung und Umsetzung
(Änderung des CO2-Gesetzes) (17.073) → siehe Details **17**

Zweite Woche

- 11.3. Mo. Nationalrat (WBK). Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern,
Attraktivität steigern (18.3392) → Ja **17**
- 12.3. Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt.
Volksinitiative (17.060) → siehe Details **17**

Dritte Woche

- 18.3. ELG. Änderung (EL-Reform) (16.065) (evt. Differenzbereinigung) → siehe Details **6**
- 18.3. Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG).
Änderung (18.029)..... → siehe Details **11**
- 20.3. Standesinitiative GE. Befähigung der Kantone zur Umsetzung der Gleichstellung
von Mann und Frau (18.313) → Ja **18**

Nationalrat

Montag, 4. März 2019

Mo. Ständerat (Müller Damian). Umsetzung einer fairen Asylpolitik in Bezug auf Eritrea (18.3409): Die Motion verlangt die Erweiterung der Möglichkeiten, die vorläufige Aufnahme von Personen aus Eritrea aufzuheben. Konkret fordert sie den Bundesrat auf, Massnahmen gegen nicht integrierte und von der Sozialhilfe abhängige Menschen zu ergreifen, die Dossiers der 3'400 vorläufig aufgenommenen Eritreer zu überprüfen und einen entsprechenden Bericht zu verfassen sowie mehr Rückführungen zu vollziehen. Aus Sicht von Travail.Suisse ist diese Politik alles andere als fair, sie ist sogar diskriminierend, da sie auf die Eritreer abzielt und sie stigmatisiert. Mit Blick auf die Integrationsagenda, die unter anderem zum Ziel hat, die berufliche Integration der vorläufig aufgenommenen zu fördern, wäre die Umsetzung einer solchen Politik ausserdem kontraproduktiv.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Mo. Ständerat (WBK). Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU-, Efta- und Drittstaaten (18.3707): Bezug nehmend auf die Integrationsagenda, welche die Förderung der Integration von Personen aus dem Asylbereich bezweckt, fordert die Motion, dass ähnliche Massnahmen auch für Personen ausserhalb des Asylbereichs ergriffen werden. Travail.Suisse hat sich anlässlich der Vernehmlassung zum Entwurf der Integrationsagenda dafür ausgesprochen. In der Bevölkerung und unter den verschiedenen Ausländerkategorien sollen keine zusätzlichen Diskriminierungen geschaffen werden. Diesbezüglich ist es von zentraler Bedeutung, dass der Grundsatz der Chancengleichheit garantiert ist und auch im Rahmen der Integrationsagenda eingehalten wird.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Montag, 4. März (weiter am 6./7./12./13./14. und 20. März 2019) / parlamentarische Initiativen

Pa.Iv. Comte. Für eine angemessene Vertretung der Geschlechter in den Bundesbehörden (17.484): Die Bundesverfassung nennt die Landesgegenden und Sprachregionen als Kriterien, die es bei der ausgewogenen Zusammensetzung des Bundesrates und der richterlichen Behörden zu berücksichtigen gilt. Das Geschlecht wird jedoch nicht erwähnt, womit sie dessen repräsentative Vertretung ausser Acht lässt. Die Schweiz kann es sich nicht erlauben, den Stellenwert der repräsentativen Vertretung der Mehrheit seiner Bevölkerung zu ignorieren. Die Frauen machen 50,4% der Bevölkerung in der Schweiz und sogar 51,5% der Schweizer Bevölkerung aus. Diesen gravierenden Mangel gilt es endlich zu beheben.

→ Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.

Pa.Iv.Weibel. Flexible BVG-Renten ermöglichen (17.521): Die parlamentarische Initiative fordert, dass im Überobligatorium die laufenden Renten in der Rentenhöhe variabel ausgestaltet werden können. Aus Sicht von Travail.Suisse widersprechen variable Renten der Logik der Alterssicherung. Wer einmal pensioniert ist, soll mit Sicherheit wissen können, mit viel Mitteln das Leben bestritten werden kann.

→ Travail.Suisse empfiehlt die pa.Iv. zur Ablehnung.

Dienstag, 5. März 2019

Grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Protokoll betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (18.073): Mit der Revision des Protokolls von Göteborg wird sich die Luftqualität auch in der Schweiz verbessern, da die Verschmutzung an der Grenze nicht Halt macht. Gesundere Luft und weniger Atemwegserkrankungen wirken sich auch positiv auf das Arbeitsklima aus. Der Ständerat hat diese Vorlage einstimmig angenommen.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Protokolls dieses Übereinkommens zur Annahme.

Dienstag, 5. März 2019

Mo. Nationalrat (Wobmann). Streichung der VOC-Abgabe (15.3733): Die Motion fordert die Streichung der Abgabe auf die flüchtigen organischen Verbindungen (VOC), die als Lösungsmittel verwendet werden, da sie die Unternehmen rund 130 Millionen Franken pro Jahr kostet und für sie einen administrativen Mehraufwand bedeutet. Gelangen die VOC in die Luft, haben sie eine schädigende Wirkung auf Mensch und Umwelt. Sie wirken als Vorläufersubstanzen bei der Bildung von bodennahem Ozon und führen zu erhöhten Feinstaubbelastungen. Zudem haben einzelne VOC eine krebserregende Wirkung. Seit der Einführung der Lenkungsabgabe konnten die Emissionen aus den der Abgabe unterstellten Branchen um 38 Prozent gesenkt werden. Ausserdem können Unternehmen, die Massnahmen zur Senkung der VOC-Emissionen getroffen haben, von der Abgabe befreit werden. Wird die Abgabe gestrichen, besteht die Gefahr eines erneuten Anstiegs der VOC-Ausstösse. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Dienstag, 5. oder Montag, 11. März 2019 / parlamentarische Vorstösse des UVEK

Mo. Feller. Für die Vertretung der Kundinnen und Kunden sowie der Konsumentinnen und Konsumenten im Verwaltungsrat der Post (17.3053): Die Motion beauftragt den Bundesrat, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die Kundinnen und Kunden im Verwaltungsrat der Post vertreten sind. Die Motion verlangt, dass einer der beiden derzeit für die Personalvertretung bestimmten Sitze den Kundinnen und Kunden zugewiesen werden kann. Artikel 8 des Postorganisationsgesetzes schreibt vor, dass dem Postpersonal eine angemessene Vertretung (zwei Sitze) im Verwaltungsrat zu gewähren ist. Ausserdem ist sicherzustellen, dass das Gremium über das nötige Wissen über den Service Public verfügt. Dies umfasst auch die Wahrnehmung der Interessen der Kundinnen und Kunden der Post.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Po. Grossen Jürg. Mehrheitsfähige Lösung für die zweite Etappe der Energiestrategie 2050 (17.3072): Das Postulat beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, wie ein staatsquotenneutrales Klima- und Energielenkungssystem eingeführt werden kann. Es sollen Lenkungsabgaben auf die nicht erneuerbaren Energien und die Treibstoffe erhoben werden. Da die mit der ersten Etappe zur Energiestrategie 2050 beschlossenen Fördermassnahmen befristet sind, sollte ein Lenkungssystem geschaffen werden, obwohl das Parlament auf die Botschaft über ein Klima- und Energielenkungssystem, die ihm im Oktober 2015 überwiesen worden war, nicht eingetreten ist. Die Vorlage muss jetzt wieder auf den Tisch, zumal die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Fragen der Klimaerwärmung jüngst wieder stark zugenommen hat. Hinzu kommt, dass sich nach den Wahlen im Oktober 2019 ein neues Parlament mit der Einführung eines Lenkungssystems wird befassen können.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Po. Reynard. Neue Quellen für die Klimafinanzierung schaffen (17.3080) und Po. Seiler Graf. Einführung einer Abgabe auf Flugtickets (17.3129): Die beiden Postulate fordern den Bundesrat auf, die Einführung einer Abgabe auf Flugtickets oder auf Flugzeugtreibstoff zu prüfen. Der Bundesrat lehnt beide Postulate ab. Die Nachbarländer der Schweiz haben jedoch eine Abgabe auf Flugtickets eingeführt. Betreffend die vom Bundesrat erwähnte Verknüpfung des schweizerischen Emissionshandelssystems mit demjenigen der EU, das auch den Flugverkehr einschliesst, ist zu bedenken, dass dessen Emissionsobergrenze sehr tief angesetzt ist. Die auf internationaler Ebene geplanten Instrumente beziehen sich nur auf den Emissionsanstieg nach 2020. In Anbetracht der durch den Flugverkehr verursachten sehr hohen und steigenden CO₂-Emissionen muss endlich gehandelt werden. Travail.Suisse beantragt dem Ständerat, der das CO₂-Gesetz behandelt, eine Abgabe auf Flugtickets oder Kerosin einzuführen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die beiden Postulate zur Annahme.

Mo. Leutenegger Oberholzer. Schliessungen von Poststellen. Moratorium (17.3167): Die Motion fordert den Bundesrat auf, ein Moratorium bei der Schliessung von Poststellen zu veranlassen. Die Post hat im Herbst 2016 die Schliessung von 500 bis 600 Poststellen bis 2020 angekündigt. Davon betroffen sind 1200 Mitarbeitende. Sowohl das Personal als auch die Bevölkerung und die Gemeinden werden vielfach vor ein *Fait accompli* gestellt. Die Motion ist nötig, um einen gewissen Druck auszuüben, damit die Post in der ganzen Schweiz mehr Poststellen beibehält. Die auf den digitalen Wandel zurückzuführende rückläufige Kundenfrequenz in den Poststellen rechtfertigt die Schliessung einer solch grossen Anzahl Poststellen nicht.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. Romano. Angestellte der Post mit abgeschlossener Fachausbildung in hochfrequentierten Postagenturen (17.3187): Die Motion beauftragt den Bundesrat, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, damit in Postagenturen, die gut besucht sind, mindestens eine der bei der Post angestellten Personen eine abgeschlossene Fachausbildung besitzt. Es ist offensichtlich, dass in vielen Postagenturen eine Verbesserung der Dienstleistungen möglich und nötig ist. Dafür ist es wichtig, dass neue Teams des Poststellennetzes spezifische, umfassende und qualitativ hochstehende Aus- oder Weiterbildungen anbieten – für neue Angestellte wie auch für die Leiter/innen der Postagenturen. Dank der Motion könnte auch das Personal entlastet und die hohe Stressbelastung vermindert werden. Insbesondere zu Stosszeiten wäre eine Verbesserung der Dienstleistungen spürbar. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion mit der Begründung, dass sie einen unnötigen und unverhältnismässigen Eingriff darstelle. Gemäss Ansicht von Travail.Suisse spricht die Motion eine erwiesene Tatsache an, nämlich die Notwendigkeit, das Personal der Postagenturen besser für die postspezifischen Aufgaben auszubilden. Idealerweise sollte eine solche spezifische, umfassende und qualitativ hochstehende Aus- oder Weiterbildungen für ein Maximum von Angestellten ermöglicht werden, was aber über die Motion Romano hinausgehen würde. Schliesslich gilt es zu vermeiden, dass in den Postagenturen ein zweitklassiger Service Public angeboten wird.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. SP-Fraktion. Gattungsübergreifendes Mediengesetz (17.3393): Die Motion fordert, den Geltungsbereich des neuen Mediengesetzes auf die gedruckte Presse auszuweiten. Angesichts der Schwierigkeiten, mit denen Letztere zu kämpfen hat (Zusammenlegungen, Einnahmerückgang) und den Herausforderungen (Konvergenz, Digitalisierung), würde ein gattungsübergreifendes Mediengesetz einen wichtigen Grundstein einer demokratischen, vielfältigen und qualitativ hochwertigen Medienpolitik darstellen. Die Annahme der Motion würde jedoch eine Änderung der Bundesverfassung voraussetzen, da die Stützungsmaßnahmen zur Sicherstellung der Angebots- und Meinungsvielfalt nur für Online-Medien sowie gegebenenfalls für elektronisch angebotene Presseprodukte gelten. Travail.Suisse begrüsst dennoch die allgemeine Stossrichtung der Motion.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mittwoch, 6. März 2019

ELG. Änderung (EL-Reform). Differenzbereinigung (16.065): Das Geschäft befindet sich in der Differenzbereinigung. Travail.Suisse zeigt sich besorgt, dass die Beibehaltung des heutigen Leistungsniveaus gefährdet ist - trotz Fortschritten bei den Mietzinsmaxima. Es ist deshalb entscheidend, dass in der Differenzbereinigung auf weitere Einschnitte verzichtet wird, um die Existenzsicherung durch die EL nicht zu gefährden. Denn ein Nebeneinander von EL und Sozialhilfe ist inakzeptabel. Travail.Suisse vertritt zu den diskutierten Differenzen folgende Standpunkte:

- Travail.Suisse lehnt eine pauschalisierende Bestrafung eines früheren Kapitalbezugs mittels zehnpromzentiger Kürzung der EL-Zahlungen dezidiert ab. Betroffen wäre potenziell rund die Hälfte der Neupensionierten, weil sie irgendwann PK-Kapital bezogen haben. Diese Massnahme ist unausgegoren, unverhältnismässig und unnötig. So gilt die Kürzung selbst bei einem weit zurückliegenden, geringfügigen

Kapitalbezug und auch bei bescheidenem Lebensstil und wenn es zur Zwangsauszahlung von Guthaben gekommen ist. Die neuen Bestimmungen zum Vermögensverzicht bewirken bereits, dass ein übermässiger Vermögensverbrauch („Verprassen“) Kürzungen der EL zur Folge hat.

- Travail.Suisse empfiehlt, dem Ständerat zu folgen und die Bestimmung zu streichen.
- Eine Eintrittsschwelle beim Vermögen lehnt Travail.Suisse ab. Das Vermögen wird bei der Ermittlung des anrechenbaren Einkommens bereits stark berücksichtigt.
- Travail.Suisse empfiehlt, dem Ständerat zu folgen, der eine Rückerstattungspflicht bezogener EL nach dem Tod aus dem Nachlass vorsieht.
- Die bereits gesenkten Vermögensfreibeträge dürfen nicht noch weiter gesenkt werden. Im Rahmen der neuen Pflegefinanzierung wurden die Vermögensfreibeträge zur Deckung der Finanzierungslücken in der Langzeitpflege bereits vor einigen Jahren erhöht. Eine neuerliche Senkung wäre fahrlässig.
- Travail.Suisse empfiehlt, dem Ständerat zu folgen.
- Es darf keinesfalls noch mehr bei den Kindern gespart werden: Kinder sollen trotz EL-Bezug der Eltern nicht unter prekären Bedingungen aufwachsen müssen. Der Nationalrat muss deshalb von seinen Kürzungen bei Kindern über 11 Jahren absehen und auf die Linie des Ständerates einschwenken.
- Travail.Suisse empfiehlt, dem Ständerat zu folgen.

Mo. SGK-N. Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen (18.3716): Der Bundesrat soll die gesetzlichen Grundlagen so ändern, dass die Finanzierung von betreutem Wohnen über Ergänzungsleistungen zur AHV sicher gestellt wird und Heimeintritte verzögert oder vermieden werden können.

- Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Mittwoch, 6. und Donnerstag, 7. März 2019

IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV) (17.022): Travail.Suisse begrüsst grundsätzlich eine IV-Weiterentwicklung wie vom Bundesrat vorgeschlagen. Die für die Entschuldung der IV erforderlichen Massnahmen wurden bereits in den letzten Reformen eingeleitet, weshalb es keine neuerlichen Sanierungsmassnahmen, sondern vor allem gezielte Weiterentwicklungen braucht. Travail.Suisse befürwortet als Dachverband der Arbeitnehmenden insbesondere verstärkte Bemühungen für die verbesserte Eingliederung junger Versicherter. Deziert ablehnend steht Travail.Suisse den von der Kommission eingebrachten Sparmassnahmen bei Kindern und Reisekosten gegenüber. Die IV ist bereits ausgepresst. Weitere Sparmassnahmen darf es nicht geben. Travail.Suisse hat zu den Hauptmassnahmen der Reform folgende Positionen:

- Ja zur Förderung der beruflichen Eingliederung: Travail.Suisse begrüsst die verstärkten Beratungs- und Begleitungsmaßnahmen und betont die Wichtigkeit der erstmaligen beruflichen Ausbildung. Diese ist auch für Personen, die nicht im ersten Arbeitsmarkt arbeiten können, von grosser Wichtigkeit. Das allein reicht jedoch nicht. Es braucht für die Erreichung einer verbesserten Eingliederung von Menschen mit einer Behinderung verbindlichere Ziele. Die Vorlage sieht die Möglichkeit von Zusammenarbeitsvereinbarungen zwischen dem Bund und den Dachverbänden der Wirtschaft vor. Sie ist jedoch noch viel zu unverbindlich. Travail.Suisse fordert, dass quantitative und nach Branchen differenzierte verbindliche Eingliederungsziele vereinbart werden.
- Travail.Suisse empfiehlt die Anträge für einen umfassenden Anspruch auf Beratung und Begleitung, auf berufliche Ausbildung und auf medizinische Massnahmen zur Eingliederung zu unterstützen.
- Travail.Suisse unterstützt die Möglichkeit von Zusammenarbeitsvereinbarungen (Antrag Mehrheit zu Art. 68sexies).
- Solange es unter den Sozialpartnern keine verbindlichen quantitativen Ziele gibt, unterstützt Travail.Suisse eine Verpflichtung von Grossunternehmen zur Beschäftigung von IV-Betroffenen (Minderheit Schenker zu Art. 19)

- Skepsis zum neuen Rentensystem: Travail.Suisse begrüsst zwar im Grundsatz ein stufenloses Rentensystem. Der konkrete Vorschlag ist aber mangelhaft. Ein stufenloses Rentensystem würde Schwelleneffekte nur dann in genügendem Ausmass eliminieren, wenn die Eintrittsschwelle ebenfalls niedriger ausgestaltet würde. So, wie es beispielsweise bei der Unfallversicherung der Fall ist (Rente ab IV-Grad 10 Prozent). Mit der heutigen Eintrittsschwelle von IV-Grad 40 Prozent bleibt die grösste Schwelle bestehen. Zusätzlich hat der Systemwechsel für schwer behinderte Menschen Kürzungen zur Folge.
→ Travail.Suisse empfiehlt die Minderheitsanträge zu unterstützen
- Ablehnung von weiteren Sparmassnahmen: Die Neuregelung bei den Reisekosten ist eine Schikane für IV-Betroffene. Dadurch würden etliche Familien in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gebracht, denn Kinder mit einem Geburtsgebrechen müssen oft langjährige Behandlungen in weit vom Wohnort entfernten Spezialkliniken absolvieren. Die Umbenennung und Kürzung der Kinderrenten lehnt Travail.Suisse ebenso ab. Die Kinderrenten sind für Familien ein Beitrag, um den aufgrund einer Behinderung erlittenen Erwerbsverlust eines Elternteils wenigstens teilweise zu kompensieren. Kürzungen bringen Familien in finanzielle Not und belasten die Ergänzungsleistungen zusätzlich.
→ Travail.Suisse empfiehlt die Ablehnung der Anträge zur Kürzung der Vergütung der Reisekosten und zur Kürzung der Kinderrenten/Zulage für Eltern

Donnerstag, 7. März 2019

Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen. Totalrevision (17.019): Das öffentliche Beschaffungswesen hat eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung. Insbesondere ist es ein Instrument zur Beeinflussung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Es ist dabei wichtig, dass das öffentliche Beschaffungswesen eine Vorbildfunktion für den Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen und die Lohngleichheit von Frau und Mann einnimmt. In der Differenzbereinigung kommen zwei Artikeln des Gesetzes entscheidende Bedeutung zu. Einerseits ist die vom Nationalrat beschlossene Ausnahme der Organisationen der Arbeitswelt von diesem Gesetz beizubehalten. Dies ist sinnvoll, hat sich doch die bisherige Struktur inklusive Unterstellung unter das Subventionsgesetz und Organisation auf kantonaler Ebene unter Berücksichtigung der regionalen Begebenheiten bewährt und effiziente Ergebnisse gebracht.

→ Travail.Suisse empfiehlt, in Art. 10.1 e der Mehrheit zu folgen und am Entscheid des NR festzuhalten.

Andererseits ist die Verankerung des Leistungsortprinzips entscheidend für die Verhinderung von Unterbietungen der Löhne und Arbeitsbedingungen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.

→ Dazu ist in Art. 12.1 der Mehrheit zu folgen und am Entscheid des NR festzuhalten.

Mo. FK-NR Personalausgaben der Bundesverwaltung mittels Digitalisierung und Effizienzgewinnen im Griff behalten (18.4090): Die Motion verlangt, dass Massnahmen ergriffen werden mit dem Ziel, dass die Personalausgaben der Bundesverwaltung den Stand gemäss Voranschlag 2019 nicht überschreiten. Die Aufgaben des Bundes sollen jährlich überprüft werden. Bei einer Annahme der Motion könnten die Ausgaben nicht mehr ohne zeitliche Begrenzung an die Teuerung und die Entwicklung der Aufgaben angepasst werden. Die Ausgaben könnten somit nur noch über Einsparungen unter Kontrolle gehalten werden. Eine solche starre Grenze widerspricht zudem dem NFB (Neues Führungsmodell Bund) und verhindert einen effizienten Mitteleinsatz zur Aufgabenerfüllung. Die Digitalisierung kann zwar Effizienzgewinne ermöglichen, sie verursacht aber auch Kosten, welche finanzielle und personelle Ressourcenaufstockungen zur Folge haben. Der Anteil der Personalkosten an den gesamten Bundesausgaben ist in den letzten zehn Jahren konstant geblieben. Eine zeitlich unbegrenzte Plafonierung der Personalausgaben ist zu unflexibel und würde sich ausserdem demotivierend auf das Personal auswirken. Eine namhafte Minderheit der FK-NR beantragt die Ablehnung der Motion.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Montag, 11. März 2019

Po. KVF-NR. Nicht fossilen Verkehrsträgern im Strassen-ÖV zum Durchbruch verhelfen (19.3000): Das Postulat fordert den Bundesrat auf, dem Parlament in einem Prüfbericht Massnahmen zur finanziellen Förderung der Umstellung von Dieselmotoren auf umweltfreundliche Busse aufzuzeigen. Elektrobusse, Biogasbusse und Brennstoffzellenbusse sind leise und stossen nur einen Bruchteil der CO₂-Emissionen eines Dieselmotors aus. Die Technologien sind verfügbar, jedoch fehlen die Mittel für deren Förderung. Etliche Mitgliedstaaten der EU unterstützen die Umstellung der Busflotten grosszügig mit namhaften staatlichen Beiträgen. Mit einer Anschubfinanzierung durch den Bund könnte die Verbreitung klimaneutraler Busse beschleunigt werden. Die Unterstützung soll zeitlich befristet sein.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Dienstag, 12. März 2019

Wasserrechtsgesetz. Änderung (18.056): Der Bundesrat beantragt, das geltende Wasserzinsmaximum bis 2024 beizubehalten. Travail.Suisse unterstützt diesen Entscheid. Die Zeit für ein neues Vergütungsmodell ist noch nicht reif. Es ist besser abzuwarten, bis die Grundlagen des neuen Elektrizitätsmarktdesigns im Rahmen der nächsten Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) festgelegt werden. Somit gilt es dem Vorschlag der nationalrätlichen Kommission zu folgen, nicht bereits heute ein Wasserzinsmaximum mit einem möglichen fixen und einem variablen Teil festzulegen. Der Beschluss des Ständerates, jetzt schon ein neues Wasserzinsmodell für die Zeit nach 2024 festzulegen, ist somit abzulehnen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, seiner vorberatenden Kommission zu folgen.

Steuerliche Berücksichtigung von Kinderdrittbetreuungskosten (18.050): Bei der direkten Bundessteuer sollen die Höchstabzüge auf 25'000 Franken pro Kind erhöht werden. Für Travail.Suisse steht die direkte Subventionierung von familienexternen Betreuungsplätzen im Vordergrund, damit sich alle Familien die familienexterne Betreuung leisten können. Wer Familien unterstützen will, sollte dies vor allem mit direkten Geldleistungen tun. Die Massnahme ersetzt für Travail.Suisse deshalb nicht anderweitige Geldleistungen für Familien.

→ Im Sinne einer ergänzenden Massnahme empfiehlt Travail.Suisse, dieser Änderung zuzustimmen.

→ In Art. 33 Abs. 3 empfiehlt Travail.Suisse die Minderheit Rytz zu unterstützen.

Mo. Nationalrat (Bigler). Wissen in der Bundesverwaltung sichern (16.3399): Die Motion beauftragt den Bundesrat, die Ausgaben für die Vergabe von externen Beratungsmandaten jährlich um acht Prozent zu reduzieren. Des Weiteren soll er in Richtlinien festlegen, in welchen Fällen die Kapazitäten in der Bundesverwaltung beansprucht und wann Externe mandatiert werden sollen. Travail.Suisse unterstützt die Idee, das Wissen der Bundesverwaltung gut und effizient zu nutzen. Die Motion ist jedoch zu radikal und zu unflexibel. Vor allem im Informatikbereich könnte sie die Modernisierung der Infrastruktur behindern. Die Motion wurde vom Nationalrat angenommen, vom Ständerat jedoch etwas entschärft. Die Motion macht aber auch in der Version des Ständerates nur dann Sinn, wenn als Kompensation das Knowhow verwaltungsintern im Sinne eines Insourcing aufgebaut werden kann. Ohne entsprechendes Insourcing erhöht sich nur der Druck auf das Personal.

→ Travail.Suisse beantragt, im Differenzbereinigungsverfahren die vom Ständerat abgeänderte Fassung abzulehnen und auf diesbezügliche Massnahmen zu verzichten.

Mittwoch, 13. März 2019

Multilaterales Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung. Genehmigung (18.063): Das von der OECD ausgearbeitete BEPS-Übereinkommen (BEPS = Base Erosion and Profit Shifting) bezweckt die Besteuerung der Gewinne am Ort, an dem die ihnen zugrunde liegenden Tätigkeiten ausgeführt wurden. Dies ist die beste Möglichkeit, die multinationalen Unternehmen daran zu hindern, ihre Gewinne zwecks Steuerumgehung von einem Land in ein anderes zu verschieben. Um den BEPS-Standards zu entsprechen, muss die Schweiz ihre Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit zwölf Ländern anpassen. Für Travail.Suisse vermag ein möglicher administrativer Mehraufwand für die Unternehmen eine Ablehnung nicht zu rechtfertigen. Der Ständerat hat die Änderungen des BEPS-Übereinkommens mit einer klaren Mehrheit angenommen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat die Annahme dieser Vorlage.

Mo. Ständerat (RK). Einführung des Trusts in die schweizerische Rechtsordnung (18.3383): Die Motion beauftragt den Bundesrat, die rechtlichen Grundlagen für einen Schweizer Trust zu schaffen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Nach Ansicht von Travail.Suisse ist die Schweiz im Bereich des internationalen Steuerrechts bereits sehr wettbewerbsfähig. Diese Wettbewerbsfähigkeit wird durch das Gesetz über die Steuerreform und AHV-Finanzierung zusätzlich gestärkt. Zudem hat die Schweiz die Weissgeldstrategie umgesetzt und unternimmt Anstrengungen zur Abschaffung von Steueroptimierungsinstrumenten. Mit der Schaffung von Gesetzesgrundlagen für die Einführung eines schweizerischen Trusts könnte im Gegenteil eine neue Verdunkelungsmöglichkeit entstehen, die den Zweck der Weissgeldstrategie untergräbt.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Mo. Ständerat (Vonlanthen). Mehrwertsteuerpflicht von Online-Plattformen bei Verkäufen aus dem Ausland in die Schweiz (18.3540): Die Motion beauftragt den Bundesrat, Massnahmen zu treffen, um ausländische Online-Marktplätze bei Lieferungen oder Dienstleistungen in die Schweiz der Mehrwertsteuer zu unterstellen. Travail.Suisse begrüsst diese Motion, da die Teilrevision des MWST-Gesetzes nicht ausreicht, um das Problem zu lösen. Wenn nichts unternommen wird, entgehen dem Staat nach 2020 rund 100 Millionen Franken an MWST-Einnahmen. Die konsequentere Unterstellung des grenzüberschreitenden Handels unter die MWST wirkt sich zudem positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze in der Schweiz aus. Zahlreiche europäische Länder haben das Problem ebenfalls erkannt und kürzlich Massnahmen ergriffen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mittwoch, 13. März 2019 / parlamentarische Vorstösse des EFD

Mo. Chiesa. Steuerliche Doppelbelastung. Möglichkeit zur Senkung der Vermögenssteuer (17.3714): Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es den Kantonen erlaubt, die Vermögenssteuer auf Beteiligungen von mindestens zehn Prozent am Aktienkapital einer Aktiengesellschaft oder am Stammkapital einer Genossenschaft zu senken. Der Bundesrat beantragt zu Recht die Ablehnung der Motion. Diese betrifft in der Regel nämlich Beteiligungen an nicht börsenkotierten Gesellschaften, deren massgeblicher Steuerwert anhand einer Methode ermittelt wird, die den inneren Wert des Unternehmens zu einem Drittel und dessen Ertragswert zu zwei Dritteln berücksichtigt. Diese Methode führt im Allgemeinen zu einer Unterbewertung, weshalb sich die Gewährung eines zusätzlichen Rabatts nicht rechtfertigen lässt.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Donnerstag, 14. März 2019

Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Änderung (18.029):

Die Revision soll es den Sozialversicherungen ermöglichen, Leistungen auf begründeten Verdacht hin vorsorglich einzustellen. Weiter will sie eine Kostenpflicht bei den kantonalen Beschwerdeverfahren einführen. Travail.Suisse lehnt diese Änderungen ab. Was ein begründeter Verdacht ist, bleibt zu stark offen. Ein unrechtmässiger Leistungsbezug ist zudem nicht in jedem Fall durch ein der versicherten Person vorwerfbares Verhalten begründet. Eine Einstellung von Versicherungsleistungen trifft die oft am Rande des Existenzminimums lebenden und besonders verwundbaren Sozialversicherungsbezügler hart und kann sie in die Sozialhilfe treiben. Eine Kostenpflicht hat bereits im Bereich der IV nicht die vom Gesetzgeber gewünschten Resultate gezeigt: Es konnte keine Abnahme der Beschwerdeverfahren registriert werden.

- Travail.Suisse empfiehlt, den Antrag auf Nichteintreten der Minderheit zu unterstützen.
- Im Falle des Eintretens unterstützt Travail.Suisse die Minderheitsanträge, welche die Beibehaltung des geltenden Rechts fordern.

Donnerstag, 14. März oder Dienstag, 19. März 2019 / parlamentarische Vorstösse des EDI

Po. Reynard. Sexuelle Belästigung. Wir brauchen endlich verlässliche Zahlen über dieses Problem

(18.4048): Das Postulat verlangt, dass zehn Jahre nach der letzten Studie eine neue Statistik über die sexuelle Belästigung einschliesslich der sexuellen Belästigungen am Arbeitsplatz erstellt wird. Ergänzt werden soll diese Studie durch Statistiken über die Belästigungen im öffentlichen Raum. Im Ausland durchgeführte ähnliche Studien weisen darauf hin, dass dieses Phänomen ein beunruhigendes Ausmass angenommen hat.

- Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Mo. Marchand-Balet. Mangel an Pflegepersonal. Konkrete Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (17.3237):

Die Motion zeigt die Schwierigkeiten auf, Beruf und Privatleben im Pflegebereich zu vereinbaren. Sie wünscht, dass angesichts des aktuellen und zukünftigen Bedarfs an Pflegepersonal, der heute schon unzureichend gedeckt ist, Massnahmen getroffen werden. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass in diesem Sektor wegen der schwierigen Arbeitsbedingungen immer mehr Arbeitskräfte abwandern. Bis jetzt hat sich das finanzielle Engagement des Bundes auf zeitlich begrenzte Impulsprogramme für die Schaffung von Krippenplätzen beschränkt. Der Bedarf ist weiterhin gross. Es ist höchste Zeit, dass Strukturen für die familienergänzende Kinderbetreuung - wie auch für die Betreuung von Angehörigen - ein Bestandteil des Service Public werden. Ebenfalls ist es höchste Zeit, dass sich die Schweiz für einen Vaterschaftsurlaub ausspricht, der es den Vätern erlaubt, sich nach der Geburt ihres Kindes am Leben und an den Aufgaben der Familie zu beteiligen.

- Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. Fraktion BD. Offensive für eine menschenwürdige Pflege in der Schweiz (17.3297):

Angesichts der miserablen Qualität der Betreuung älterer Menschen in den Pflegeinstitutionen und den schlechten Arbeitsbedingungen für das Personal, die hauptsächlich dem Fachkräftemangel zuzuschreiben sind, ist der Bund gefordert. Die Motion beauftragt den Bundesrat, ein freiwilliges Massnahmenpaket vorzulegen. Der Bund hat sich dieses Themas zwar angenommen, das Problem der häufig menschenunwürdigen Zustände in der Altenpflege bleibt jedoch ungelöst. Daher muss der Bund massiv in alle Angebote der Langzeitpflege von Angehörigen und nicht nur in punktuelle Programme investieren, um mehr darüber zu erfahren. Dieses Thema muss Teil des Service Public werden.

- Travail.Suisse empfiehlt die Annahme der Motion.

Montag, 18. März 2019

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten (18.067): Für Travail.Suisse ist klar, dass es stabile und geordnete Beziehungen zu unseren direkten Nachbarn und wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partnern braucht. Deshalb unterstützt Travail.Suisse ausdrücklich den bilateralen Weg mit der europäischen Union. Auch wenn nicht explizit vertraglich verknüpft gehören die Kohäsionszahlungen zur schweizerischen Europapolitik. Die Stärkung der Kohäsion sowie die Bewältigung der Migrationsbewegungen sind folglich eine Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die letztlich auch der Schweiz zugutekommt.

→ Travail.Suisse empfiehlt die beiden Rahmenkredite zur Annahme.

Montag, 18. März 2019 / parlamentarische Vorstösse des EJPD

Mo. Quadranti. Berufliche Potenziale von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen möglichst rasch nutzen können (17.3189): Die Motion fordert, dass bei allen Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen eine Abklärung der beruflichen Potenziale durchgeführt wird, um die Personen der geeignetsten Ausbildung zuzuführen. Die Potenzialabklärung stellt anerkanntermassen ein Instrument der Integrationsförderung dar und spielt für die bestmögliche berufliche Integration der betroffenen Personen eine zentrale Rolle. Einige Kantone haben diese Instrumente bereits umgesetzt. Es wäre jedoch nötig, dass sie schweizweit zum Einsatz gelangen. Travail.Suisse begrüsst deshalb, dass in Ergänzung der gemeinsamen Integrationsagenda Anstrengungen unternommen werden, damit alle Kantone solche Potenzialabklärungen vornehmen können.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Dienstag, 19. März 2019

Bundesgesetz über die Familienzulagen. Änderung (18.091): Mit dem früheren Schuleintritt durch HarmoS gibt es vermehrt Jugendliche, die ihre nachobligatorische Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beginnen. Diese waren bis jetzt vom Bezug der Ausbildungszulagen ausgeschlossen. Die vorliegende Änderung trägt dem Rechnung. Da jedoch die nachobligatorischen Ausbildungen teilweise auch deutlich länger gehen können als früher oder nicht selten durch eine Zweitausbildung ergänzt werden, sollte die starre Alterslimite der Ausbildungszulagen auch gegen oben angepasst werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt in Art. 3 den Minderheitsantrag zu unterstützen. Dieser sieht eine möglichen Bezug der Ausbildungszulagen vom vollendeten 14. bis zum 29. Altersjahr vor, und trägt den heutigen Realitäten Rechnung.

Mittwoch, 20. März 2019

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (18.049): Dieses Gesetz (BGEID) bezweckt die Einführung elektronischer Identifikationsmittel («E-ID»), die es einer Person ermöglichen, sich im Internet anhand der vom Staat bestätigten Daten zu identifizieren. Für Travail.Suisse ist es - gerade in einem Kontext der zunehmenden Digitalisierung vieler Bereiche des Privat- und Berufslebens - von zentraler Bedeutung, dass der Staat ein System für die regelmässige Kontrolle und strenge Anerkennung der Anbieter und ihrer «E-ID»-Systeme festlegen kann. Deshalb gilt es, vor allem im Geschäftsbereich die Datensicherheit und den Datenschutz zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist es ausserdem wünschenswert, dass die Schweiz die internationalen Regelwerke einhält, insbesondere die europäische Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt.

→ Travail.Suisse empfiehlt diesen Gesetzesentwurf zur Annahme und weiteren Prüfung.

Donnerstag, 21. März 2019

Mo. Müller. Griffige und wirksame Umsetzung der Stellenmeldepflicht (18.3407): Die Motion verlangt, dass mit Inkrafttreten der Stellenmeldepflicht auch verbindliche Kontrollvorgaben zuhanden der Kantone erlassen werden. Im Gegenzug soll sich der Bund an den Kosten dieser Kontrollen durch die Kantone beteiligen. Die Stellenmeldepflicht ist sanft ausgestaltet worden. Um damit eine Wirkung im Sinne von verstärkter Integration von arbeitslosen Personen anstelle vorschneller Rekrutierung im Ausland zu entfalten, ist neben der Qualität der Arbeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung insbesondere die Bereitschaft der Arbeitgeber entscheidend, arbeitslosen Personen auch tatsächlich eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Um die Voraussetzungen für eine Wirkung zu verbessern, ist eine konsequente Anwendung, Durchsetzung und Kontrolle der Stellenmeldepflicht unerlässlich. Die nationalen und kantonalen Behörden haben sich aber bereits auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt, das nicht nur ein Monitoring Konzept für die Stellenmeldepflicht als Ganzes, sondern auch die Fragen der Kontrollen und insbesondere deren Finanzierung auf die vollständige Inkraftsetzung der Stellenmeldepflicht (mit Schwellenwert 5 Prozent) auf den 1.1.2020, klären soll.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.

Mo. Abate. Optimierung der flankierenden Massnahmen. Änderung des Artikels 2 des Entsendegesetzes (18.3473): Diese Motion verlangt eine Änderung des Entsendegesetzes, so dass für ausländische Arbeitgeber, die Arbeitnehmende in die Schweiz entsenden, auch minimale Arbeitsbedingungen aus kantonalen Gesetzen verpflichtend werden. Im Entsendegesetz wird bisher explizit auf Regelungen in Bundesgesetzen, Verordnungen des Bundesrates, allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen referenziert. Mit den Projekten zu kantonalen Mindestlöhnen (z.B. in den Kantonen Tessin, Neuenburg und Jura) entstehen neue (kantonale) Regelungen zu minimalen Lohnbedingungen. Das Entsendegesetz muss hier zwingend mit dieser Entwicklung Schritt halten, ansonsten droht die paradoxe Situation, dass für entsandte Arbeitnehmenden ein tieferer Lohn als für einheimische Arbeitskräfte zulässig würde, was die Grundintention des Entsendegesetzes auf den Kopf stellen würde.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Donnerstag, 21. März 2019 / parlamentarische Vorstösse des WBF

Mo. Eymann. Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme (18.3834): Die frühe Förderung gilt als zentrales Mittel zur Prävention von Armut. Investitionen in diesen Bereich zahlen sich für die Unterstützten wie auch für die öffentliche Hand aus. Längst ist nachgewiesen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien deutlich bessere Chancen haben, ihr Leben zu gestalten, wenn sie frühzeitig zentrale Kompetenzen vermittelt erhalten. Das gilt sowohl für Kinder aus armutsbetroffenen Familien wie auch für Migrantenkinder. Travail.Suisse unterstützt daher die Motion, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass im verlangten Bericht die Ergebnisse des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut zum Thema Chancengleichheit berücksichtigt werden sollen, das Bund, Kantone, Städte, Gemeinden, Sozialpartner und Nicht-Regierungsorganisationen gemeinsam erarbeitet haben.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Po. Wasserfallen Christian. Stärkung der Berufs-, Laufbahn- und Studienberatung (18.3959): Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung BSLB gehört zu den prioritären Themen der Berufsbildungsstrategie 2030. Die Spitzen der Verbundpartner – Bund, Kantone, Sozialpartner (Arbeitgeberverband, Gewerbeverband, Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Travail.Suisse) – haben erkannt, dass in Bezug auf die BSLB eine nationale Mission ausgearbeitet werden muss. Dieser Dienst ist schweizweit zu wenig koordiniert, so dass nationale Projekte zum Beispiel im Hinblick auf die Berufsbildung für Erwachsene nie auf koordinierte Leistungen der BSLB über alle Kantone hinweg zurückgreifen können. Das vorliegende Postulat unterstützt die Berufsbildungsstrategie der Verbundpartner.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Mo. SP-Fraktion. Efta-Freihandelsabkommen mit konkreten Umsetzungsgarantien beim Arbeitsschutz, bei der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und bei den Menschenrechten (17.3119): Die Motion fordert, dass neuverhandelte Efta-Freihandelsabkommen konkrete Umsetzungsgarantien enthalten. Diese konkreten institutionellen Vorkehrungen werden nötig, damit der weltweite Handel seinen Anspruch an globale Fairness und Nachhaltigkeit erfüllen kann. Nach Ansicht von Travail.Suisse ist in erster Linie problematisch, dass Fragen des Arbeitnehmerschutzes und der Nachhaltigkeit nicht dem Schlichtungsverfahren unterstellt sind. Die Zivilgesellschaft und vor allem die Sozialpartner sollten bei der Begleitung und Umsetzung der Abkommen eine zentralere Rolle spielen können.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Mo. Mazzone. Abschalten ausserhalb der Arbeitszeit. Den rechtlichen Rahmen für die technologischen Veränderungen am Arbeitsplatz festlegen (17.3201): Die Motion verlangt ein explizites Recht für die Arbeitnehmenden zum Abschalten ihrer Kommunikationsgeräte ausserhalb der im Vertrag festgelegten Arbeitszeit. Zwar regelt das Arbeitsvertragsrecht bereits heute die Verfügbarkeit des Arbeitnehmers für den Arbeitgeber, allerdings stammen diese Regelungen noch aus einer Zeit vor der Erfindung der modernen Kommunikationstechnologien. Diese sowie die Flexibilisierungen der Arbeitszeiten erleichtern die ständige Erreichbarkeit der Arbeitnehmenden. Die Folgen sind eine Zunahme der psychosozialen Risiken wie Stress und Burn-out-Erkrankungen mit massiven gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen und grossen finanziellen Kosten für die Gesellschaft. Tele-Arbeit hat das Potential die Vereinbarkeit zu erleichtern allerdings nur, wenn sie klar geregelt und in einen klaren zeitlichen Rahmen eingebettet ist, ansonsten drohen ausufernde Arbeitszeiten, welche die Vereinbarkeit weiter verschlechtern. Ein Recht auf Nichterreichbarkeit ist ein wichtiger Schritt, den Gesundheitsschutz auch bei sich veränderndem Arbeitsmarkt sicherzustellen.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Po. Gmür-Schönenberger. Stärkung des dualen Bildungssystems durch die Wiederherstellung der klaren Rollenabgrenzung zwischen universitären Hochschulen und Fachhochschulen gemäss HFKG (17.3234): Für das Hochschulsystem Schweiz ist es wichtig, dass die beiden Hochschultypen (universitäre Hochschulen/Fachhochschulen) klare Profile aufweisen. Diese Profile werden durch die Zulassungsbedingungen der Studierenden, die Anstellungspolitik der Hochschulen in Bezug auf die Dozierenden, durch die Kriterien der Bewilligung von Forschungsprojekten und die typenspezifischen Qualitätsstandards bei den Akkreditierungsverfahren stark geprägt. Aus Sicht von Travail.Suisse macht es Sinn, nachdem nun (erstens) die Fachhochschulen über 20 Jahre bestehen, (zweitens) Innosuisse ihre Tätigkeit aufgenommen hat, (drittens) erste institutionelle Akkreditierungsverfahren durchgeführt wurden und (viertens) mit Hilfe von projektgebundenen Beiträgen das Profil von künftigen FH-Dozierenden zu stärken versucht wurde, zu überprüfen, ob die gewünschte Profilbildung auch Realität ist.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Po. Marchand-Balet. Jobsharing fördern (17.3307): Jobsharing ist nicht einfach eine neue Bezeichnung für die Teilzeitarbeit, sondern bedeutet, dass sich zwei Personen, die zwar Teilzeit arbeiten, die mit einer Stelle verbundenen Kompetenzen und Verantwortung teilen. Das Jobsharing bietet zahlreiche Vorteile sowohl für den Arbeitgeber, der für eine Stelle auf das Fachwissen zweier Personen zählen kann, als auch für die Arbeitnehmenden, die eine bereichernde berufliche Tätigkeit, die ihnen Karrieremöglichkeiten bietet, mit dem Familienleben vereinbaren können. Die Tandems können ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein (Männer und Frauen, verschiedene Generationen), wodurch die schrittweise Reduktion des Arbeitspensums vor der Pensionierung und ein echter Wissenstransfer über mehrere Jahre hinweg gefördert werden. Das Jobsharing ist auf allen Hierarchiestufen (Topsharing), in zahlreichen Branchen und Berufen möglich und für jede Unternehmensgrösse geeignet. Den KMU bietet es sich als eine mögliche Lösung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels an, da eine geteilte Stelle an jedem Wochentag besetzt ist. Das Postulat fordert den Bundesrat auf, in einem Bericht die Faktoren aufzuzeigen, welche die Entwicklung dieses Modells, das nur von 27% der Unternehmen angeboten wird, behindern, und Massnahmen zur Förderung des Jobsharings zu prüfen.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Freitag, 22. März 2019

Globale Umwelt 2019-2022. Rahmenkredit (18.074): In Anbetracht des Zustands der globalen Umwelt (Ressourcenverknappung, Klimaerwärmung, dramatischer Rückgang der Artenvielfalt, Verschmutzung von Luft, Gewässer und Boden usw.) müssen für die Erhaltung der Umwelt genügend Mittel bereitgestellt werden. Andernfalls wird unser Lebensraum für wirtschaftliche und menschliche Tätigkeiten zunehmend feindlich. Der Betrag des Rahmenkredits bleibt im Vergleich zur vorherigen Periode unverändert. Der Ständerat hat den Rahmenkredit mit einer klaren Mehrheit gutgeheissen.

→ Travail.Suisse empfiehlt den Rahmenkredit zur Annahme.

Pa.Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung (13.478): Mit Stichentscheid ihres Präsidenten beantragte die SGK-NR, diese parlamentarische Initiative abzuschreiben, obwohl sie 2015 von den Kommissionen beider Kammern angenommen worden war. Dies war vor der Erneuerung des Parlaments im Herbst jenes Jahres. Diese parlamentarische Initiative zielt darauf ab, der Ungleichbehandlung der Eltern ein Ende zu setzen. Sie behält ihre volle Berechtigung in einer Zeit, in der die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs kurz bevorsteht und dem Vater das Recht auf einen bezahlten Urlaub zuerkannt wird, um eine Beziehung mit seinem Kind zu schaffen, seine Partnerin zu unterstützen und sich um die restliche Familie zu kümmern. Bei einer Adoption ist es noch wichtiger, dass er diese Zeit erhält, um eine Beziehung zu seinem Kind aufzubauen. Die Anzahl der potenziell anspruchsberechtigten Familien ist sehr gering (auf Grund der Beschränkung auf Kinder unter vier Jahren und die familienexterne Adoption) und die Kosten zu Lasten der Erwerbsausfallversicherung, deren finanzielle Aussichten hervorragend sind, minimal.

→ Travail.Suisse empfiehlt, dem Antrag der Kommissionsminderheit zu folgen und die parlamentarische Initiative zu behandeln.

Ständerat

Montag, 4. März 2019

Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei sowie Landwirtschaftsabkommen zwischen der Schweiz und der Türkei. Genehmigung (18.090): Auf Grund der weiterhin kritischen Menschenrechtslage in der Türkei, insbesondere des äusserst unsicheren Schicksals der Tausenden willkürlich entlassenen Personen, unter denen sich zahlreiche Gewerkschafter/innen befinden, des anhaltenden Konflikts im Südosten des Landes und der militärischen Intervention in Syrien hat Travail.Suisse die Mitglieder der ausserpolitischen Kommission des Ständerats (APK-SR) aufgefordert, dieses Abkommen nur mit Bedingungen gutzuheissen. Die APK-SR hat das Abkommen zwar angenommen, aber nur mit 5 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen. Und sie hat über die Folgen der Abkommen für die Menschenrechtslage und die darin vorgesehenen Mechanismen diskutiert, was positiv ist. In Zukunft müssen in den Freihandelsabkommen (FHA) für die Menschenrechte und die Umwelt ebenfalls Schiedsverfahren vorgesehen sein, um deren Gleichbehandlung mit den handelspezifischen Themen zu gewährleisten. Bei FHA mit Staaten, in denen die Menschenrechtssituation problematisch ist, sollten die Sozialpartner der betroffenen Länder regelmässig zu den Treffen des mit der Umsetzung betrauten Gemischten Ausschusses eingeladen werden, um über das Kapitel nachhaltige Entwicklung zu diskutieren. Auf diese Weise könnten sie einen nützlichen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt leisten.

→ Travail.Suisse empfiehlt, dieses Abkommen nur unter den oben erwähnten Bedingungen anzunehmen.

Mittwoch, 6. März 2019

Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen (16.076): Zwischen National- und Ständerat besteht eine Differenz betreffend die Abzugsfähigkeit von im Ausland verhängten Bussen. Während der Nationalrat sie unter bestimmten Bedingungen zulassen wollte, lehnte dies der Ständerat ab. Der Ständerat nähert sich nun dem Nationalrat an, indem er ein neues Modell vorschlägt, wonach die im Ausland verhängten Sanktionen nur abziehbar sind, wenn sie gegen den schweizerischen Ordre public verstossen oder das mit der Sanktion belegte Verhalten auf gutem Glauben beruhte. Dieser Vorschlag geht jedoch weniger weit als der Beschluss des Nationalrats, der die Auffassung vertritt, dass die betroffenen Unternehmen bereit sein müssen, die im Ausland eingegangenen Risiken zu übernehmen, anstatt sie auf die Gemeinschaft abzuwälzen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, auf sein Modell zu verzichten und sich dem Beschluss des Nationalrats anzuschliessen.

Standesinitiative SG. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.311), Standesinitiative VS. Aufstockung des Grenzwachtkorps (18.307), Standesinitiative GR. Aufstockung des Grenzwachtkorps (17.318): In den grenznahen Regionen der Schweiz ist die Aufstockung des Grenzwachtkorps ein aktuelles Thema. Verlangt werden mehr Personal sowie eine modernere Ausrüstung. Der Schutz unserer Grenzen ist von grundlegender Bedeutung und die Grenzwächter haben einen Anspruch auf Arbeitsbedingungen und einen Personalbestand, die es ihnen ermöglichen, effizient zu arbeiten. Es hat sich gezeigt, dass ein Bedarf an Aufstockung des Personalbestands besteht. In der vergangenen Wintersession hat das Parlament grünes Licht gegeben für die Schaffung von 44 zusätzlichen Vollzeitstellen für das Grenzwachtkorps.

→ Travail.Suisse empfiehlt, der SiK-N zu folgen und die Vorstösse zu verlängern. Unschön ist aber allemal, dass die Aufstockungen intern kompensiert werden sollen.

Donnerstag, 7. März 2019

Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme.

Genehmigung und Umsetzung (Änderung des CO₂-Gesetzes) (17.073): Die CO₂-Emissionen machen an der Grenze nicht halt. Daher muss der Kampf gegen die Klimaerwärmung auf internationaler Ebene geführt werden. Folgerichtig soll die Schweiz mit der Europäischen Union (EU) ein Abkommen über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme abschliessen. Es bleibt jedoch zu hoffen, dass die Emissionsrechte pro Tonne CO₂ einen höheren Preis als heute erreichen, damit das System seine Wirksamkeit gegen die Klimaerwärmung entfalten kann. Es ist gerecht, wenn der Flugverkehr in das System integriert wird.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Ratifizierung des Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme.

Montag, 11. März 2019

Mo. Nationalrat (WBK). Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern

(18.3392): Der Grundsatz der Bundesverfassung (Art. 61a Abs. 3), dass Bund und Kantone sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dafür einsetzen, dass allgemeinbildende und berufsbezogene Bildungswege eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung finden, gilt nicht nur für die berufliche Grundbildung, sondern auch für die Höhere Berufsbildung. Ein Ja zu dieser Motion schafft die Chance, die berufsbildungs- und arbeitsmarktnahen Höheren Fachschulen mit ihren eigenen Stärken im höheren Bildungssegment gesellschaftlich besser zu positionieren.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.

Dienstag, 12. März 2019

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative

(17.060): Travail.Suisse bedauert, dass die ständerätliche Kommission für Rechtsfragen den vom Nationalrat angenommenen Gegenvorschlag in einem wesentlichen Punkt verwässert hat: Durch die Einführung einer «Subsidiaritätsklausel» müssten die Opfer zunächst beweisen, dass eine rechtsstaatliche Behandlung einer im Ausland gegen die Tochtergesellschaft eingereichten Klage nicht möglich ist, bevor sie ein multinationales Unternehmen in der Schweiz zur Rechenschaft ziehen können. Dadurch wird das Gesetz erheblich geschwächt. Da die Einführung dieser Subsidiaritätsregelung nur mit einer knappen Mehrheit beschlossen wurde, besteht die Hoffnung, dass der Ständerat seiner Kommission in diesem Punkt nicht folgt.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, seiner Kommission in Bezug auf die «Subsidiaritätsklausel» nicht zu folgen, um den Weg für einen annehmbaren indirekten Gegenvorschlag zur Initiative zu ebnen.

Montag, 18. März 2019 (evt. Differenzbereinigung)

ELG. Änderung (EL-Reform) (16.065)

→ siehe Programm Nationalrat

Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG). Änderung (18.029)

→ siehe Programm Nationalrat

Mittwoch, 20. März 2019

Standesinitiative GE. Befähigung der Kantone zur Umsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau (18.313): Die im Mai 2018 eingereichte Standesinitiative des Kantons Genf fordert eine Kompetenzdelegation des Bundes an die Kantone, damit Letztere die Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes (GIG), namentlich punkto Lohn, überprüfen können. Seither wurde das GIG vom Parlament revidiert. Neu werden Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden zur Durchführung einer Lohnvergleichsanalyse verpflichtet, wobei technisch gesehen eine solche Analyse ab 50 Mitarbeitenden möglich ist. Somit sind 99,1% der Unternehmen und 54% der Arbeitnehmenden von dieser Revision nicht betroffen. Hinzu kommt, dass das neue Gesetz weiterhin weder offizielle Kontrollmechanismen noch Sanktionen bei Verstössen vorsieht. Dass die Kantone vorwärts machen wollen, ist verständlich und legitim.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Standesinitiative des Kantons Genf zur Annahme.